



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 31681 - 88
Fernschreiber 0886890

P/XIII/116 - 27. Mai 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Nach Stuttgart Sozialdemokratie für neuen Kampf gerüstet	105
4 - 5	USA - unpopulär? Von unserem amerikanischen Korrespondenten	92
6 - 7	Torschlusspanik in Schleswig-Holstein Es geht um das Schicksal der kleinen Parteien	69
8	Die Unterstellungen des Herrn von Brentano Bezeichnende Reaktion auf Stuttgart	55

* * * * *

Nach Stuttgart

G.M. Nach dem Stuttgarter Parteitag wird in der in- und ausländischen Presse ein grosses Rätselraten darüber veranstaltet, ob in der SPD nun der "linke" oder "rechte" Flügel gesiegt habe, ob die "Reformer" zurückgedrängt worden seien und schliesslich - diese Frage ergibt sich aus allen Überlegungen - welche "Richtung" in Zukunft die SPD einschlagen werde.

Es gehört zum Puzzlespiel einer lebensnahen Journalistik, diese Fragen wie Bälle hochzuwerfen, mit ihnen zu jonglieren, sie jemandem zuzuwerfen oder irgendwohin fallen zu lassen, wo sie niemand wiederfindet. So interessant die eine oder andere Stimme sein mag: Es ist ein gutes Zeichen, dass sich die breiteste Öffentlichkeit mit der SPD beschäftigt! Trotzdem - oder gerade deswegen - möge es gestattet sein, auch einmal vom Standpunkt des in der Partei Stehenden etwas zu all diesen Fragen zu sagen.

Zunächst zur Politik der Partei: Die entscheidenden politischen Entschliessungen - allgemeine Politik, Aktivierung der Wiedervereinigung, Landesverteidigung, Kulturpolitik und Wirtschaftspolitik - wurden mit überwältigender Mehrheit geillt. Diese Entschliessungen kann jeder nachlesen, und wenn er nicht gerade ödwillig ist, wird er feststellen müssen, dass die hierin von der Partei proklamierte Politik weder "links" noch "rechts" ist. Die Texte dieser Entschliessungen waren vom früheren Parteivorstand ausgearbeitet und vorgelegt worden. Wenn man will, kann man sagen, dass die Politik der Partei zu den erwähnten Fragen durch diese Resolutionen profiliert als bisher zum Ausdruck kommt. Das entspricht durchaus dem Willen der Gesamtpartei. Wie vorauszusetzen war, hat das Parlament der Partei diese Grundhaltung gutgeheissen.

Das politisch Entscheidende an diesem Vorgang und Ergebnis ist die Tatsache, dass an der Erarbeitung der Entschliessungen alle heute in der deutschen und ausländischen Publizistik vielfach als "Gruppenvertreter" bezeichneten Persönlichkeiten beteiligt waren. Sie tragen die in den Entschliessungen festgelegte Politik gemeinsam, und es ist objektiv falsch, wenn man heute behauptet, dass sich hierbei diese oder jene "Richtung" durchgesetzt habe.

27. Mai 1958

Man wird sich also bei aller unterschiedlichen Bewertung dieser oder jener im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehenden Persönlichkeit daran gewöhnen müssen, die Politik der SPD als ein geschlossenes Ganzes zu sehen. Wer das nicht tut, läuft Gefahr, politischen Fehlspekulationen zum Opfer zu fallen.

Die entscheidende politische Leistung des Stuttgarter Parteitages war ohne Zweifel die Proklamierung der Idee des demokratischen Sozialismus als Mittelpunkt der freiheitlich gesinnten Kräfte unseres Volkes, die zu erkennen beginnen, dass weder der sich sozialistisch ähnelnde Staatskapitalismus des Ostens, noch der in Interessenegoismus ausartende Kapitalismus des Westens in der Lage sind, auch nur eines der grossen Gegenwartsprobleme zu lösen. Es ist durchaus verständlich, dass ein Mann wie Adenauer über dieses Ergebnis des Stuttgarter Parteitages "erschüttert" ist.

Auch das interessante erscheinende Spiel der Etikettierung und Katalogisierung einzelner Persönlichkeiten in der neu gewählten Führungsspitze der SPD, die Eingruppierung in bestimmte politische Kategorien, sind mehr oder weniger gutgemeinte Spekulationen. Man hat sich zum Beispiel daran gewöhnt, einen Mann wie Wehner mit dem Etikett "links" zu versehen. Gewiss, Wehner ist dynamisch, aber seine Leidenschaft im Politischen ist bestimmt ebenso stark wie sein Vermögen, die Feinde der Freiheit zu erkennen und - zu bekämpfen. Schließlich weiss jeder, der die politische Entwicklung des Nachkriegsdeutschlands kennt, dass Wehner es war, der mitten in die starke kommunistische Bastion in Harburg und Hamburg hineinging und sich dort mit den Kommunisten auseinandersetzte. Der Erfolg ist bekannt. Harburg und Hamburg, früher Hochburgen der Kommunisten, gehören heute zu den stärksten Positionen der deutschen Sozialdemokratie. Die Arbeiter von Harburg und Hamburg wurden politisch für die deutsche Nation zurückgewonnen.

Aus diesem erfolgreichen Kampf gegen den Kommunismus leitet Wehner auch die Forderung ab, dass die Demokratie die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht scheuen darf, sondern sie suchen muss, "weil sie immer stärker ist, wenn sie belästigtest auftritt". In dieser Forderung begegnet sich Wehner mit klarlickenden Politikern auch ausserhalb der deutschen Sozialdemokratie, denen niemand unterstellen

würde, sie seien "links".

Waldemar von Knoeringen wird vielfach als ein "rechter" Sozialdemokrat bezeichnet. Sein Referat auf dem Stuttgarter Parteitag gibt keinerlei Anlass zu dieser Etikettierung. Es war der Versuch, die praktische Tagespolitik des demokratischen Sozialismus und die Auseinandersetzung mit Kommunismus und Kapitalismus geistig als eine zwingende Notwendigkeit zu fundamentieren. Hierbei knüpft von Knoeringen an die besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung an, die schon immer das "Bündnis der Leidenden und der Verdienten" angestrebt hat. Nichts wäre unerföhrlicher, als gerade dieses Bndnis als "rechts" bezeichnen zu wollen.

Wo der Parteivorsitzende Ollenauer steht, weiss man. Er ist die ausgleichende Kraft, die man nicht etikettiert. Er besitzt die grosse Gabe, scheinbar Widerstrebendes miteinander zu verbinden und die von der Gesamtpartei erarbeiteten politischen Positionen weiter auszubauen. Seine Stärke beruht in der Unberechenbarkeit, die von der Partei in demokratischer Diskussion als Zielsetzung ermittelte Politik mit Wrde und Selbstbewusstsein so zu vertreten, dass daran nicht gedeutelt werden kann.

Nimmt man den neugewählten Parteivorstand als Ganzes, so wird kaum jemand gerechterweise behaupten knnen, darin bestimmte Tendenzen dominieren zu sehen. Es kann sein, dass dieses Parteivorstandsmitglied in der Frage zum Beispiel der militrischen Blockpolitik eine klarere Abgrenzung gegenber der NATO anstrebt, gleichzeitig aber in der Wirtschaftspolitik liberale Tendenzen befürwortet, ein anderes im Rahmen der kulturpolitischen Auseinandersetzungen die scharfe Kontroverse sucht, in der Sozialgesetzgebung jedoch Kompromisse anstrebt. Das war immer so und wird immer so bleiben. Dem neuen Parteivorstand aber in seiner Gesamtheit eine bestimmte "Richtung" zu unterstellen, wre ein gewagtes Unternehmen.

Eines dürfte jedoch feststehen: Die deutsche Sozialdemokratie wird ihre Politik nach diesem Stuttgarter Parteitag mit kraftvoller Geschlossenheit vertreten. Sie hat demonstrativ gezeigt, dass sie fähig ist, eine echte Diskussion über Weg und Ziel zu führen, und sie wird dieses Ziel mit der ihr eigenen Hartnäckigkeit verfolgen.

27. Mai 1958

USA - unpopulär ?

C.L. - Washington

Unruhen und Demonstrationen gegen amerikanische Büchereien in Libanon und Algier, grosse Demonstrationen gegen den amerikanischen Vizepräsidenten in Peru und Venezuela und ein dieser Tage mit grossem Nachdruck erstatteter Bericht des USA-Botschafters in Kanada über starke Ressentiments in diesem den USA unmittelbar benachbarten und am engsten verwandten Lande - all dies sind Nachrichten, die man in USA mit grossem Unbehagen vernimmt.

Wodurch haben sich die USA so unbeliebt gemacht? Das ist für viele Amerikaner eine quälende Frage, weil es kaum eine andere Nation auf der Welt gibt, die so sehr darauf bedacht wäre, populär zu sein und so unglücklich ist, wenn sie ihre Bestrebungen scheitern sieht. Schliesslich ist die Frage so drängend geworden, dass nun der amerikanische Senat eine Untersuchung über das Ausmass der amerikanischen Unpopularität in der Welt und ihre Ursachen anstellt und insbesondere die Frage erörtert, warum das offizielle Washington, der Informationsdienst und das Aussenministerium anscheinend so wenig darüber wussten, dass man den Vizepräsidenten in die Wildnis lateinamerikanischer Ressentiments gegen die USA entsandte.

Eine Senatsuntersuchung über anti-amerikanische Ressentiments

Ob freilich der Senatsausschuss, obwohl unter der Leitung eines der besten, klügsten und in seiner internationalen Gesinnung unwandelbaren Senators, des bekannten Wayne Morse, stehend, die nötige Selbstprüfung der Haltung der Amerikaner und insbesondere der Aussenwirtschaftspolitik der amerikanischen Regierung und des Kongresses vornehmen wird? Wenn dies geschehen sollte, müsste der Kongress seine eigene Haltung insbesondere in internationalen Handelsfragen und in Bezug auf ausländische Hilfe einer gründlichen Revision unterziehen.

So viele Gründe es auch geben mag und so ungerechtfertigt manche sind, so sollten diese nicht als Ausflucht dienen, sich über die ernstesten und tieferen Ursachen hinwegzusetzen. Ein Land, das mehr als irgend ein anderes seit Kriegsende getan hat, um anderen Ländern zu helfen, hat zugleich durch die Unvernunft, Engherzigkeit und unrichtig angewandten Konkurrenzgeist seiner massgebenden wirtschaftlichen Kreise und der von ihnen beeinflussten Kongressmitglieder alles getan, um die

Sinnlose Zoll- und Handelspolitik

Es ist vor allem die amerikanische Zoll- und Handelspolitik, die in der ganzen Welt, bei Freund und Feind Krger, Ressentiment und zuzeiten das Gefühl von Hilflosigkeit gegen den Wirtschaftsgiganten in Nordamerika auslöst. Wenn in Venezuela demonstriert wird, so liegt dem der von Agitatoren geschickt ausgenützte Zorn über amerikanische Beschränkungen der USA-Importe von Erdöl aus Venezuela zugrunde. Wenn in Peru demonstriert wird, dann ist der Grund in der Bestürzung zu suchen, die die Politik der schwankenden Rostoffpreise für Zinn und Zink ausgelöst hat. In ganz Südamerika ebenso wie in vielen Ländern Afrikas und Asiens haben Rohstoffpreissenkungen auf den dortigen Märkten zu einer rapiden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, das heisst chnedies dürftigen Lebenshaltung von Millionen und Millionen "Eingeborenen" geführt.

Es ist vor allem die von den USA - und der Bundesrepublik - zu einem Fetisch erhobene Politik des "freien Marktes" und der Preisschwankungen vor allem auf den Rohstoffmärkten, die in den letzten kritischen Monaten zu einer wachsenden Verbitterung gegen die USA führte.

Der Kampf um das Handelsvertragsgesetz

Während sich die Senatoren den Kopf darüber zerbrechen, warum sie USA unpopulär sind, tobt auf dem Kapitol ein zäher, noch lange nicht entschiedener Kampf gegen das Gesetz über die Handelsverträge. Wenn auch das Abgeordnetenhaus eine etwas verwässerte Vorlage beschloss, die aber die Absichten der Regierung nicht durchkreuzt, wird ein neuer Frontalangriff der Schutzzöllner im Kongress und ausserhalb des Kapitols bei der Beratung im Senat befürchtet. Es gibt kaum ein Land der Welt, das nicht für seine Ausfuhr in die USA zu fürchten hätte, wenn das zwanzig Jahre alte Gesetz nicht ohne wesentliche Veränderungen oder nur für kurze Zeit verlängert würde.

Die zweiseitige Auslandshilfe

Ein anderes Beispiel: Milliarden und Milliarden wurden für Auslandshilfe ausgegeben, auch nachdem der für Europa so wohltätige und erfolgreiche Marshall-Plan beendet wurde. Aber in den letzten Jahren wurde ein immer grösserer Teil der Auslandshilfe auf Waffenhilfe konzentriert. Was aber vielleicht ebenso wichtig ist: es war zweiseitige Hilfe, von USA an das hilfesuskernde Land. Das war vielleicht niemals eine ganz richtige Methode, aber seitdem die Russen in eine scharfe Konkurrenz auf diesem Gebiete eintraten, sind die USA in der Hinterhand: nicht etwa weil sie weniger grosszügig oder weil ihre Mittel beschränkt wären, sondern weil die von Kongress beigefügten Bedingungen eine viel bürokratischere Behandlung der Fragen der Auslandshilfe bedingen. Seit Jahren gibt es weitsichtige Amerikaner wie den Automobilarbeiterpräsidenten Walter Reuther und andere, die fordern, dass die Hilfe an die Entwicklungsländer durch die Vereinten Nationen gewährt werde und dass die grossen Mächte einen kleinen Prozentsatz ihres Volkseinkommens an einen gemeinsamen Entwicklungsfond der Vereinten Nationen gewähren.

Nötig: Hilfe durch die UNC

Die mehrseitige Hilfe, die - selbstverständlich unter Mitwirkung der massgebenden Beitragsländer - von den Vereinten Nationen verwaltet würde, müsste notwendigerweise den Gedanken politischer Abhängigkeit gegenüber dem Hilfe gewährenden Land ausschliessen. Dies würde Propagandavorteile der Russen und Ressentiments gegen die Amerikaner ausschliessen. Aber auch hier hat sich insbesondere der Kongress unerbittlich gezeigt. Die Eisenhower-Regierung hat diese Tendenzen eher noch unterstützt und insbesondere die hauptsächlich militärische Orientierung der Auslandshilfe wie übrigens der meisten aussenpolitischen Massnahmen herbeigeführt. + + +

Torschlusspanik in Schleswig-Holstein

mu. Im Grunde ist es eine Torschlusspanik, die da oben im Norden jetzt bei den drei kleinen Parteien, dem Gesamtdeutschen Block der Deutschen Partei und den Freien Demokraten vier Monate vor der schleswig-holsteinischen Landtagswahl herrscht. Sie haben mit Recht eine ziemliche Furcht vor der Fünf-Prozent-Sperrklausel des Landeswahlgesetzes. Es geht für die drei Parteien diesmal um Leben oder Tod, das kann man ohne Übertreibung sagen.

Der Stimmenanteil des Gesamtdeutschen Blocks ist von 23,4 Prozent bei der Landtagswahl 1950 über 14 Prozent bei der Landtagswahl 1954 auf 8,3 Prozent bei der letzten Bundestagswahl zurückgefallen. Die entsprechenden Prozentsätze bei der Deutschen Partei betragen 9,6 und 5,4 und 3,8. Die Freien Demokraten bekamen 1950 nur 7,1 Prozent aller im Lande abgegebenen Stimmen, Sie vereinigten 1954 wieder 7,5 Prozent, aber bei der letzten Bundestagswahl erhielten sie nur 5,6 Prozent auf ihre Liste.

So ist es denn verständlich, dass ein Teil der Kreisverbände der Freien Demokraten im Norden in der letzten Woche gegen den Landesvorsitzenden, Justizminister Leverenz, revoltierte. Sie wollten einen Zusammenschluss mit dem Block und der Deutschen Partei, um bei der Landtagswahl sicher über die Fünf zu kommen. Aber wohl noch einleuchtender ist die Haltung von Leverenz, der seine Partei jetzt wieder auf Vordermann brachte und endgültig auf den Alleingang verpflichtete. Leverenz weiss, dass nur so seine Partei "Rang und Namen" unter den Wählern erhalten wird und dass sie sich nur als eigenständige Partei eine Koalitionsmöglichkeit nach jeder Seite offen halten kann. Dabei scheinen die Freien Demokraten im Norden nicht mehr so unbedingt auf eine neue Koalition mit den Christlichen Demokraten und dem Block zu drängen, obgleich ihre Wählerschaft in Schleswig-Holstein ohne grosse liberale Traditionen ist und eher aus der "rechten Lager" kommt.

Ein völlig anderes Bild bietet sich bei den beiden anderen Parteien, wobei der Block in Kiel in der Koalition sitzt, während die Deutsche Partei in Opposition steht. Der Block ist seit Jahren von schweren inneren Krisen erschüttert, aber in der letzten Zeit hat der Landesvorsitzende und durch Ministerpräsident v. Hassel (CDU)

aus seinem Amt geworfene frühere Sozialminister Asbach Oberhand gewonnen. Er stützt sich auf einen Parteiapparat, der zu einem erheblichen Teil in Händen ehemaliger SS-Leute ist.

Beide Parteien bereiten jetzt einen Zusammenschluss in der Spitze vor, um als neue Wahlgemeinschaft die Hürde der Fünf-Prozent-Klausel nehmen zu können. Das wird ihnen wohl noch einmal gelingen; denn zusammenbekamen sie bei der letzten Bundestagswahl noch 12,1 Prozent. Aber das Bild der eigenständigen Parteibezeichnungen und Parteiprogramme wird natürlich unter die Räder kommen. Wie stark das Spannungsverhältnis zwischen beiden bereits ist, zeigt sich im übrigen in der Aufstellung der Landesliste.

Aber wesentlich bemerkenswerter sind noch einige andere Hintergründigkeiten. Einmal scheinen sich in der neuen Partei wirklich sehr weit rechts orientierte Kräfte mit NS-Vergangenheit in den Vordergrund zu schieben. Dafür gibt es bereits heute zahlreiche Hinweise. Zum anderen gibt es aber auch die ersten Anzeichen dafür, dass die christlichen Demokraten bereit sind, bereits heute vor der Wahl mit dieser neuen Partei ihr Arrangement zu treffen, obwohl sie sich noch auf die Landtagsfraktion des Gesamtdeutschen Blocks stützen müssen, die in der Vorstandsspitze und vor allem der Landesliste der neuen Partei völlig ausgebootet wird.

Es ist fast grotesk, zu sehen, wie diese beiden Parteien immer aufs neue den "Tanz um die christlichen Demokraten" riskieren. Weisse doch die Deutsche Partei, dass seinerzeit im ersten von den christlichen Demokraten geführten Landeskabinett ihre Landtagsfraktion durch zum Teil wenig faire Methoden seitens einiger christlicher Demokraten aufgelesen wurde. Die Landesminister Böhrnsen und Sieh, beide heute christliche Demokraten, wurden doch seinerzeit neben mehreren anderen aus der deutschen Partei herausgebrochen. Auch der Gesamtdeutsche Block hat doch wohl an vielen Einzelheiten erlebt, wie sehr die christlichen Demokraten um eine "Sprengung" dieser Partei bemüht sind, genörten doch die heutigen CDU-Mitglieder Waldemar Kraft oder Gräfin Pinkenstein einmal als Gründer dem Block in Schleswig-Holstein an.

Die Unterstellungen des Herrn v. Brentano

Der Aussenminister v. Brentano hat Verleuf und Ergebnis des Stuttgarter Parteitages der deutschen Sozialdemokratie nicht gefallen. Darüber könnte man hinweggehen. Nicht hinweggehen kann man aber über die Bemerkungen, die er in einer Pressekonferenz am Bodensee über die deutsche Sozialdemokratie gemacht hat. Wie sein Lehrmeister, Bundeskanzler Adenauer, stellt Herr v. Brentano fest, die Sozialdemokratie habe sich "radikalisiert", und als Folge des in Stuttgart festgelegten politischen Kurses werde "ein Schwinden der Bereitschaft der Sowjetunion zu ernsthaften Deutschlandverhandlungen und der Konzessionsbereitschaft in der deutschen Frage" eintreten.

Dem Aussenminister steht ein solches Urteil gewiss nicht zu. Er verkennt Ursache und Wirkung. Als verantwortlicher Leiter der Bonner Aussenpolitik und als gelehriger Schüler der europäischen Abendländer müsste er wissen, dass die Politik, die er massgeblich mitgestaltet, in der deutschen Frage zu einem Stillstand geführt hat, was dieser Tage sogar von amerikanischen hervorragenden Politikern, wenn auch indirekt, öffentlich bestätigt worden ist. Die CDU, der Herr v. Brentano angehört, ist nicht das deutsche Volk und das deutsche Volk nicht die CDU. Der Bonner Aussenminister hat kein Gespür dafür, wie sehr die Grundlagen ins Rutschen gekommen sind, auf denen er und seine Regierung sich bisher bewegten. Er und seine Regierung vertreten politische Auffassungen und verteidigen Konzeptionen, die von Tag zu Tag mehr in Widerspruch zu den deutschen Notwendigkeiten und zu dem Friedensbedürfnis der Welt geraten.

Der Stuttgarter Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hat für die deutsche Politik wegweisende Impulse ausgelöst und Tabus durchbrochen, die bisher als unantastbar galten. Dieser Durchbruch zur deutschen und europäischen Wirklichkeit ist Herrn v. Brentano unangenehm, denn er kann es nicht fassen, dass die Zeit im Schwinden begriffen ist, die ihn und seinesgleichen zu einer agierenden Figur auf der politischen Bühne gemacht haben.

Was hat Stuttgart in der Kernfrage der deutschen Politik offenbart? Es gibt in der Politik der Wiedervereinigung kaum mehr einen gemeinsamen Weg zwischen der Regierung und der Opposition, es kann ihr auch nicht geben zwischen den auf dem Status quo beharrenden, ihn verteidigenden Kräften und jenen Strömungen, die diesen Status quo zu überwinden trachten. Insofern hat Herr v. Brentano recht, wenn er sagte, es sei eine Radikalisierung und eine Verschärfung in der deutschen Innenpolitik einsetzten.

Aber wer hat dazu am meisten beigetragen? Sind es nicht die Bundesregierung und deren Aussenminister, die in Lebensfragen der Nation so kläglich versagten und das deutsche Volk wieder auf einen Weg führten, der nur mit der Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit enden kann? In Stuttgart zeigte sich das redliche Bemühen, aus der Zwangsjacke herauszukommen, in die uns die Bonner Politik gebracht hat, offenbarte sich aber auch die Kraft und die Leidenschaft, einen Kampf zu führen, der der Rettung unseres Volkes gilt. Die deutsche Sozialdemokratie tritt kraft ihrer Tradition und ihrer auf die Einheit des ganzen deutschen Volkes bedachten Politik als Schwärter der ganzen deutschen Nation auf, sie fürchtet nicht die dunklen Drohungen eines Bundesauszenministers, dessen Rezepte in der Vergangenheit unwirksam blieben und in der Zukunft sich noch unfruchtbarer erweisen werden. Die innenpolitische Lage mag sich verschärfen, aber es ist eine Verschärfung, die zur so notwendigen Klärung der Geister führen und deshalb heilsam sein wird.